



Bericht vom Baden-Württembergischen Sparkassentag 2012 in Mannheim

Auf der Suche nach Wegen aus der Krise

Von Katrin Lebherz

Unter dem Motto „Europa. Ohne Stabilität kein Vertrauen.“ fand in Mannheim der vierte Baden-Württembergische Sparkassentag statt. Aktueller hätte das Thema angesichts der Debatten um die Zukunft der Währungsunion und des Euros nicht sein können. So folgten rund 1.100 Gäste der Einladung, unter ihnen der stellvertretende Ministerpräsident Baden-Württembergs und Minister für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Nils Schmid, der Deutsche Sparkassenpräsident Georg Fahrenschon sowie das Mitglied des Sachverständigenrats, Prof. Dr. Lars Feld, und der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Udo di Fabio.

In seiner Begrüßungsrede machte der baden-württembergische Sparkassenpräsident Peter Schneider deutlich, dass die diskutierte europäische Bankenunion die größte Gefahr für die Sparkassen darstelle. Sollte es zu einer Vergemeinschaftung von Risiken in Europa kommen, „wären plötzlich die deutschen Sparer für alle Banken in Europa in der Haftung“, so Schneider. Denn gerade die „staatsgedopten“ Banken aus dem Ausland seien es, die die Sparkassen mit Dumpingpreisen attackieren. Schneider: „Es kann nicht sein, dass Sparkassen die Haftungsmasse für jedwede Hasardeure in Europa sind. Dagegen müssen wir uns gerade im Sinne unserer Kunden entschieden wehren.“

Der Präsident hofft zudem, dass die Sparkassen nicht in „die Fänge einer europäischen Einheitsaufsicht geraten.“ Um eine markt-, problem- und institutsnahe Aufsicht zu gewährleisten, brauche man für national agierende Banken auch eine nationale Aufsicht. Nur mit langfristig bindenden Regeln für die Staatsfinanzen lasse sich die Schuldenkrise überwinden, so Schneider. Die Sparkassen würden dabei keine Sondersituation verteidigen. „Auch in Europa sollte man erkennen, dass die Sparkassen-Idee in dieser schwierigen Situation eine große Chance ist“, erklärte der Sparkassenpräsident.

Schneider verwies zudem auf die Stärke der 53 Sparkassen gerade in der Euro-Krise. So stamme inzwischen mehr als jeder zweite Euro Unternehmenskredit in Baden-Württemberg von den Sparkassen oder der Landesbank Baden-Württemberg. „Mit dem Ausbau unseres Kreditengagements auf heute über 48 Mrd. € haben wir nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet, sondern auch die Grundlage für den raschen Aufschwung in Baden-Württemberg geschaffen.“

Auch der Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid betonte die Bedeutung der Sparkassen: „In der Finanz- und Wirtschaftskrise waren sie mit ein Garant für Stabilität. Zur Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft sind sie unverzichtbar und haben sich als verlässlicher Partner für das Land erwiesen. In Zukunft werden wir ebenso nur Seite an Seite den aktuellen Herausforderungen in Europa begegnen können“, so Schmid. Der stellvertretende Ministerpräsident sprach sich beim Sparkassentag gegen eine schnelle Einführung von Euro-Bonds aus. Solche gemeinsamen europäischen Anleihen seien nur unter der Voraussetzung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Fiskalunion in der Eurozone denkbar. „Solidarität und stringente Regeln sind zwei Seiten einer Medaille“, sagte Schmid, der das Instrument grundsätzlich befürwortet.

Auf seinem ersten Sparkassentag als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes machte Georg Fahrenschohn deutlich, dass die Sparkassen bereit seien, sich bei der Weiterentwicklung der Währungsunion und der Finanzmärkte einzubringen. „Wir werden aber nicht zulassen, dass die tragenden Pfeiler des deutschen Wohlstandes und unserer dezentralen, bürgernahen Struktur beschädigt werden oder fehlende Solidität in Europa oder im Finanzmarkt mit dem Geld deutscher Steuerzahler oder deutscher Sparer zugedeckt wird.“

Fahrenschohn nannte verschiedene Punkte, die zur Überwindung der aktuellen Krise notwendig sind: „Der Fiskalpakt und damit eine Disziplin in den öffentlichen Haushalten sind ebenso notwendig wie eine Subsidiarität in Europa, die nicht nur aus Rechten besteht, sondern bei der die Verantwortung erst einmal selbst getragen werden muss, bevor andere in Mitverantwortung genommen werden“, so der Deutsche Sparkassenpräsident. Zudem solle in Brüssel die Richtlinie zur Einlagensicherung verabschiedet werden, anstatt über neue Mechanismen und Fonds nachzudenken.

Fahrenschohn sprach sich gegen die Staatshilfe für einzelne Banken aus. Diese könnten mit Steuergeld bessere Angebote im Markt machen, was keinem fairen Wettbewerb entspräche. Zugleich befürwortete Fahrenschohn gemeinsame Regeln für die Bankenaufsicht und zu einer besseren Abstimmung der Bankenaufsicht in Europa. „Wir sagen aber „nein“ zu Aufsichtsregeln, die kundennahe, dezentrale Kreditinstitute über den gleichen Leisten schlagen wie Groß- und Investmentbanken“, so der Präsident.

Einen möglichen Lösungsansatz für die europäische Schuldenkrise Sachverständigenrats der Bundesregierung sprach sich für einen Schuldentilgungspakt aus: „Mithilfe eines solchen Paktes kann es gelingen, die nationale Souveränität in der Wirtschafts- und

Finanzpolitik wiederherzustellen und die Volkswirtschaften der Euro-Zone solider zu machen“, so der Wirtschaftsweise. Die Euro-Staaten sollen demnach gegenseitig für einen Teil ihrer Verbindlichkeiten einstehen und sich gleichzeitig verpflichten, die Schulden auf 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung abzubauen. Zudem müssten Konsolidierungs- und Wachstumsprogramme installiert werden.

Nationale Schulden, die die 60-Prozent-Grenze übersteigen, sollten laut Feld in einen Tilgungsfonds ausgelagert werden, für den alle Euro-Mitglieder gemeinsam haften. „Hält sich ein Land nicht an die Vorgaben, muss es aus dem Entschuldungsprogramm geworfen werden“, so Feld. Der Tilgungsfonds soll 20 bis 25 Jahre laufen. Damit will der Sachverständigenrat sichere Anleihen schaffen und die europäischen Schulden schrittweise abbauen.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio machte in seinem Vortrag deutlich, dass ein „Solidaritätsverbot“ zwischen staatlichen Haushaltswirtschaften gerecht sei und die Voraussetzungen der Freiheit garantiere. „Wer frei entscheiden will, muss bereit sein, die Folgen seines Handelns zu tragen. Insofern ist die Übernahme von Gewährleistungen ohne strikte Überwachung und ohne sichernde Konditionalität ein besonderes Problem“, so di Fabio, der die europäische Staatschuldenkrise nicht als irgendeine Krise der EU sieht. Vielmehr stehe tatsächlich ihr Schicksal als politisches Projekt auf dem Spiel. Gemeinschaftsprojekte könnten nur gelingen, wenn sich jeder an die Spielregeln hält. „Eine Gemeinschaft, in die man sich ermattet fallen lässt und dann auf die Unterstützung reicher Verwandter wartet, kann nicht funktionieren“, so di Fabio. Aus seiner Sicht werde der Kampf um die Kreditwürdigkeit der Staaten Europas nur mit einem ernsthaften Stabilitätsprogramm und mit einer intelligenten Wachstumsförderung gewonnen.

Auch wenn die Referenten beim Sparkassentag in Mannheim unterschiedliche Ansichten vertraten, so gab für den Vorsitzenden der Verbandsversammlung des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, dem Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein, Wolfgang Dietz, eine wesentliche Gemeinsamkeit: „Es wurde in allen Vorträgen deutlich, dass wir lernen müssen, die aktuelle Krise als Chance zu begreifen“, so Dietz. Und weiter: „Es ist eine Chance zur Rückbesinnung, eine Rückbesinnung auf das, was den Kern unseres Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatssystems ausmacht – was es stark, erfolgreich und stabil gemacht hat.“